

LENA STROTHMANN



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das ereignisreiche Jahr 2007 neigt sich dem Ende zu. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien an dieser Stelle ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest und für das neue Jahr alles Gute, Erfolg und vor allem Gesundheit. Gerade die Gesundheit ist ein wichtiges Gut, dessen Bedeutung wir erst schätzen lernen, wenn wir ernsthaft erkranken. Dies kann ich in diesem Jahr aus leidvoller Erfahrung auch persönlich sagen. Daher freue ich mich ganz besonders auf viele wichtige Herausforderungen und Aufgaben, die wir im kommenden Jahr in Angriff nehmen. Ich bedanke mich auch über Ihre Anmerkungen und Anregungen zu den verschiedenen Themen und hoffe auch im kommenden Jahr auf große Unterstützung. Denn so helfen Sie uns, auch in der Zukunft die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Ihre

CDU-Parteitag: Wir halten Kurs

Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands in Hannover hat gezeigt: Die CDU ist die stabile Kraft der politischen Mitte. Wir stehen geschlossen zum Kurs unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und der von ihr geführten Regierung. Dank dieser Geschlossenheit geht es den Menschen in Deutschland heute besser als vor zwei Jahren. Mit dem neuen Grundsatzprogramm gibt die CDU Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart für eine gute Zukunft unseres Landes. Anders als die Sozialdemokraten steht für uns keine Ideologie, sondern das christliche Menschenbild im Mittelpunkt. Für uns ist der Mensch der zur Freiheit berufene mündige Bürger, der keine staatliche Bevormundung braucht.

Wir stehen für die Mitte.

Für diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, die Kinder erziehen und die mit ihren Abgaben den Sozialstaat finanzieren. Dabei lassen wir natürlich diejenigen nicht im Stich, die keine Arbeit haben. Ihnen wollen wir ermöglichen, in die Mitte der Gesellschaft aufzusteigen, um nicht mehr auf Transferzahlungen angewiesen zu sein. Mehr Arbeit, mehr Netto, mehr Sicherheit – das sind unsere Ziele.

Reformvertrag gibt EU eine neue Grundlage

Am Donnerstag unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon den EU-Reformvertrag. Durch den Vertrag von Lissabon wird die Handlungsfähigkeit sowohl der EU nach innen und außen gestärkt und die demokratische Legitimation über das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente deutlich verbessert. Wir wollen im kommenden Jahr den Vertrag im Bundestag ratifizieren.



Abschlussbild des 21. Parteitages der CDU Deutschlands: Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Wahlkämpfern Roland Koch, Ole von Beust, Christian Wulff und ihren Unterstützer-Teams.

Gehaltsaufstockung durch ALG II

Neueste Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung belegen, dass wir in Deutschland faktisch längst über ein flächendeckendes Kombi-lohn-Modell verfügen, das durch eine Änderung der Hinzuverdienstregeln noch verbessert werden könnte.

Das Problem nicht-existenzsichernder Löhne ist für die Allermeisten nur ein Übergangsphänomen. Die meisten Menschen, die zusätzlich zu ihrem Erwerbseinkommen auch Leistungen nach SGB II erhalten („Aufstocker“), sind nur kurzfristig auf diese staatliche Unterstützung angewiesen. Von 2,14 Millionen „Aufstockern“ im Jahr 2005 bezogen nur 15 Prozent ganzjährig ALG II. 16 Prozent mussten ihr Gehalt nicht länger als einen Monat aufstocken, 34 Prozent nicht länger als vier Monate. Lediglich 3,2 Prozent der „Aufstocker“ waren durchgängig Vollzeitbeschäftigte.

Überdies gelang es den meisten Vollzeitbeschäftigten schon nach kurzer Zeit, sich aus der Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zu befreien. Nur 9 Prozent unter ihnen waren länger als 10 Monate auf zusätzliche SGB II-Leistungen angewiesen. Knapp die Hälfte aller Personen, die trotz Vollzeitbeschäftigung auf ALG II angewiesen waren, verdienen 1.320 Euro und mehr im Monat.

Diese Zahlen zeigen: Die Gehaltsaufstockung subventioniert nicht dauerhaft niedrige Löhne, sondern baut wichtige Brücken in den ersten Arbeitsmarkt.



Debatte über Managementvergütungen

Fälle von unternehmerischem Missmanagement und hohen Abfindungen sind immer wieder berechtigter Anlass zur Diskussion über die angemessene Höhe von Managementvergütungen. Zu Recht wird es als Missstand empfunden, wenn ein Manager, der nachweislich Unternehmenswert vernichtet hat, dafür auch noch mit einer fürstlichen Vergütung bedacht wird. Daraus lässt sich aber weder eine neue Neiddebatte, noch der Ruf nach staatlichem Dirigismus ableiten. Vielmehr gilt es auch hier, jetzt Augenmaß zu wahren. Deutschland ist ein offener und erfolgreicher Wirtschafts- und Finanzstandort. Gesetzliche Gehaltsbegrenzungen aber fördern die Bildung von Holdinggesellschaften in Luxemburg oder in der Schweiz und erweisen dem Standort Deutschland einen Bärendienst.

Entlohnung in Familienunternehmen funktioniert

In Familienunternehmen entscheiden die Eigentümer selbst über die Entlohnung ihrer Spitzenangestellten. Und es gibt nicht den geringsten Grund, das in Frage zu stellen. In Kapitalgesellschaften ist es Aufgabe des aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzten Aufsichtsrats, eine angemessene Vergütung sicherzustellen und maßlose Gehälter oder Abfindungen zu verhindern.

Dieser Verantwortung müssen die Aufsichtsratsvertreter auch gerecht werden. Für die Eigentümer, also die Aktionäre, sind die im Aufsichtsrat getroffenen Regelungen nicht immer ausreichend transparent. Wenn es also Regelungsbedarf gibt, dann kann es allenfalls darum gehen, die Rolle der Eigentümer durch größere Transparenz der Vergütungs- und Abfindungspakete zu stärken.



*Ich wünsche Ihnen allen
ein friedvolles Weihnachtsfest
und für das kommende Jahr viel Glück,
Erfolg, Gesundheit und Gottes Segen.*

Lena Strothmann MdB

Herausgegeben von Lena Strothmann MdB

Turnerstraße 5-9, 33602 Bielefeld, Tel. (0521)96 87 99 10, Fax (0521)96 87 99 11
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030)227-72 467, Fax (030)227-76 467

E-Mail: lena.strothmann@bundestag.de

Lena Strothmann im Internet: www.lena-strothmann.de